

50 JAHRE

1958-2008

Hintergrundpapier

Nr. 4 / 2008

Konfliktfeld „Freiheit und Islam in Südostasien“

Rainer Heufers

Freiheit und Islam in Südostasien

„Freiheit“ und „Islam“ sind beides wichtige Einflussfaktoren im Entwicklungsprozess Südasiens.

- „Freiheit“ ist das Ziel der verschlungenen und dornenreichen Transition in Richtung Menschenrechte, Demokratie und Marktwirtschaft, besonders in den ASEAN-Kernländern Indonesien, Malaysia, Thailand und Philippinen.
- In diesen Kernländern ist der „Islam“ wichtiger Bestandteil der Werteordnung (eines relevanten Teils) der Bevölkerung und wirkt im Transitionsprozess sinn- und identitätsstiftend.

Indonesien verfügt über ca. 230 Millionen Einwohner, darunter etwa 190 Millionen Muslime.

Im benachbarten *Malaysia* machen die Muslime etwas mehr als die Hälfte der 25 Millionen Einwohner aus.

Sowohl im buddhistischen *Thailand*, als auch auf den katholischen *Philippinen* sind die Muslime zwar vergleichsweise kleine religiöse Minderheiten, sie leben aber geographisch stark konzentriert im jeweiligen Süden der beiden Länder und stellen dort jeweils die Bevölkerungsmehrheit.

Einzelne Konfliktszenarien

Die verschiedenen Rahmenbedingungen prägen die einzelnen Konfliktszenarien.

a) Indonesien

Doktrinär-konservative Muslime in einer Anzahl von Städten und Kreisen beschränken die **Freiheit der Muslime** durch Sharia-bezogene Verwaltungsvorschriften. Gewaltakte richten sich vor allem gegen heterodoxe muslimische Gruppierungen, wie Ahmadiyah, Qiyadah al Islamiyah, etc. Angriffe von Extremisten auf **westliche Ausländer** sind zwar selten, doch hat die besondere Militanz und das internationale Medienecho in den vergangenen Jahren starken Einfluss auf ausländische Direktinvestitionen und die nationalen Tourismus-Einnahmen. Schließlich beklagen **indonesische Christen** die Beschränkung ihrer religiösen Freiheit durch die öffentliche Verwaltung aber leider auch durch gewalttätige Übergriffe. Insgesamt erfreut sich das Land jedoch einer säkularen Rechtsordnung und in der Mehrheit tolerant und liberal gesinnter Muslime.

b) Malaysia

In der multiethnisch-multireligiösen Gesellschaft Malaysias ist das anders. Dort überwiegt ein intolerantes Denken, weil doktrinär-konservative Muslime äußerst wirksam **Ängste und Bedrohungsszenarien** schüren und defensiv ausgerichtet für die Verhinderung von Apostasie (Abfall vom Glauben) bzw. die Sicherung des Glaubens argumentieren. In strategischer Allianz mit dem ethnisch begründeten Machtanspruch der **malaiisch-muslimischen UMNO-Regierung** werden ethnische und religiöse Beweggründe vermischt und mit amtlicher Unterstützung so-

wohl die **Religionsfreiheit der Christen und Hindus** als auch die **Freiheit der Muslime** durch Sharia Gerichtshöfe und islamische Vollzugsorgane eingeschränkt. Die autokratische Herrschaft der Regierung verhinderte bislang zwar extremistische Gewalttaten im eigenen Land, doch konnten indonesische Extremisten Malaysia bereits für ihre Zwecke nutzen.

c) Thailand

In Thailand sind die Muslime zwar eine **ethnische Minderheit** und **religiöse Randgruppe**, allerdings stellen die muslimischen Malaien in drei Provinzen Südthailands die Bevölkerungsmehrheit. In bewaffneten Auseinandersetzungen mit Armee und Polizei setzen sich Gruppen um die *Pattani United Liberation Organisation* (PULO) für die **Autonomie von der buddhistischen Mehrheitsgesellschaft** ein. **Separatistischer Terror** richtet sich gegen Schulen und andere staatliche Stellen. Welche Ziele genau verfolgt werden und wie sich der bewaffnete Kampf begründet, ist aufgrund fehlender politischer Repräsentation letztlich unklar. Die ethnisch-malaiische Identität scheint wichtiger als der Islam. Dennoch bieten sich **internationalen islamistischen Netzwerken** hier Einstiegsmöglichkeiten auch für die Agitation in Malaysia und Indonesien.

d) Philippinen

Auf den Philippinen sind die muslimischen Moro eine **ethnische Minderheit** und **religiöse Randgruppe**, zugleich aber in einigen Bezirken der südphilippinischen Insel Mindanao in der Mehrheit. Im jahrzehntelangen Kampf mit dem philippinischen Staat gewann die religiöse Motivation gegenüber den rein ethnisch-begründeten Anliegen der **Separatismusbewegung** (*Moro Islamic Liberation Front*) an Gewicht. Dies nicht zuletzt um die wirksame Unterstützung Libyens und der **Organisation Islamischer Konferenz** zu gewinnen. Nach langem diplomatischen Ringen wurde unter der weitsichtigen Präsidentschaft Fidel Ramos' die **Autonome Region Moro Mindanao** geschaffen. Konflikte nationaler Dimension gab es seither kaum noch. Einzelne muslimische Splittergruppen setzen jedoch den bewaffneten Kampf gegen die philippinische Armee fort und bilden **militante Islamisten** für internationale Einsätze aus. Währenddessen bereichern sich Abu Sayaf und andere **Banditenbanden** unter dem Banner des Islam an Waffenhandel und Geiselnahmen.

Kernelemente der Konflikte

- **Liberale und wertekonservative Muslime** glauben – wenn auch in unterschiedlichem Maße – an die Vereinbarkeit von Freiheit und Islam und an das positive Verhältnis ihres Glaubens zu Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft.
- **Doktrinäre und militante Muslime** bekämpfen dagegen das Ziel der Freiheit und fordern nach ihrem doktrinären Leitbild geformte Machtstrukturen in Familie und Gesellschaft. Sie schaffen und schüren bewusst einen Konflikt zwischen Freiheit und Islam.

In allen genannten Konflikten reagieren doktrinäre und militante Muslime auf eine wahrgenommene **Bedrohung durch den materialistisch geleiteten Entwicklungsprozess** mit Forderungen nach der Sharia, als einer patriarchalischen Rechtsordnung, die speziell für die muslimische Gemeinschaft zu gelten hat und besonders deren religiösen Führer sowie die männlichen Haushaltsvorstände privilegiert.

Sie bekämpfen zudem die als **bedrohlich empfundene religiöse Missionierung**, sowohl durch das expansive Christentum, als auch durch andere Religionen und heterodoxe muslimische Sekten, indem sie den Abfall vom Islam bestrafen, die Errichtung anderer Glaubensstätten behindern, und deren Gottesdienste angreifen.

Zugleich ist aber deutlich zwischen den muslimischen Mehrheitsgesellschaften Indonesiens und Malaysias auf der einen Seite, und den muslimischen Randgruppen Thailands und der Philippinen auf der anderen Seite zu **unterscheiden**. Da der Islam in Südostasien an bestimmte Ethnien gebunden ist, wie z.B. an die Malaier in Malaysia und Thailand oder die Moro auf den Philippinen, gedeiht der Islamismus zwar vor dem Hintergrund ethnischer Konfrontationen. Die Konflikte in **Indonesien und Malaysia** sind aber vor allem intra-muslimische Konflikte mit Auswirkungen für nicht-muslimische Volksgruppen. Währenddessen sind die Konflikte in **Thailand und auf den Philippinen** in erster Linie ethnisch begründete Konflikte, die für ihre Zwecke die islamistische Agenda vereinnahmen.

Fazit und Ausgangspunkt für Politikempfehlungen

Die genannten Konflikte resultieren daraus, dass doktrinäre Islamisten die **Menschenrechte und besonders die Frauenrechte** herabsetzen,

- dass sie den **säkularen Staat und die allgemeine Rechtsordnung** in Frage stellen,
- dass sie **andere Glaubensrichtungen** sowie muslimische Sekten bekämpfen, und
- dass sie **ethnische Unterschiede** für ihre Zwecke nutzen.

Damit trifft die islamistische Agenda vor allem nachstehende **Leidtragende**:

- Muslime, die direkt vom patriarchalischen Sharia-Recht betroffen sind, also vor allem die muslimischen Frauen
- Muslime, die die freie Religionsausübung in einem säkularen Staat fordern oder die einer heterodoxen muslimischen Sekte folgen
- Nicht-muslimische Minoritäten, vor allem christliche und hinduistische Gruppen in Indonesien und Malaysia

Der „Westen“ verkörpert für die doktrinären Islamisten die Vereinigung der materialistischen und christlichen Bedrohung einer doktrinär-konservativen muslimischen Werteordnung und ist daher Ziel verbaler und militanter Angriffe.

Als Ausgangspunkt für die späteren Politikempfehlungen muss insofern unterschieden werden zwischen den folgenden Konflikten:

1. **Intra-muslimische Konflikte** um Konstitutionalismus, Säkularismus und Religionsfreiheit versus Sharia, Rechtgläubigkeit und Apostasie-Verbot
2. **Hegemonialkonflikte** zwischen muslimischen und nicht-muslimischen Volksgruppen
3. Konflikte zwischen doktrinär-islamischen Werten und **vernunftgeleiteten Werten** (nicht nur des Westens)

Und es muss im Übrigen gewährleistet sein, dass sich liberale und konservative Muslime **nicht in ihrem Glauben angegriffen** fühlen.

Westliche Standortbestimmung

Eine westliche Organisation, wie die **Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit** muss ihre eigene Position in der Auseinandersetzung mit den Konflikten klar definieren. Die Menschenrechte gelten für die liberale Stiftung als universelle und unteilbare Freiheitsrechte aller Menschen. **Traditionen** und kulturelle Praktiken, die den Menschenrechten widersprechen, werden abgelehnt.

Die Aufgabe von Traditionen oder deren Anpassung bedeutet aber nicht die Abkehr von der **Religion**. Religionen sind sinn- und identitätsstiftend. Sie gelten mit ihren Glaubensgrundsätzen kulturübergreifend und geben den Menschen Orientierung durch Werte, die dem Zusammenhalt der Gemeinschaft dienen. Sie wirken insofern stabilisierend und fördern den Entwicklungsprozess.

In einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung haben 66% der Indonesier angegeben, hochreligiös zu sein, während sich weitere 29% als religiös bezeichneten. In Deutschland verstehen sich nur noch 52% der Bevölkerung als religiös und 18% als hochreligiös. Gerade die Deutschen, und hier besonders auch die Liberalen, haben eine **skeptische Einstellung zur Religiosität**, was auch unseren Blick auf das Verhältnis von Freiheit und Islam belastet.

Der Islam ist im Entwicklungsprozess der muslimischen Staaten Südasiens ein **Teil der Lösung, nicht des Problems**. Er vermittelt gerade den ärmeren Schichten in gesellschaftlichen Umbruchphasen die notwendigen Wertmaßstäbe und den Willen zum Durchhalten. So zeigte sich, nachdem die Küste Südthailands 2004 von dem Tsunami heimgesucht wurde, dass die muslimischen Dörfer durch ihren inneren Zusammenhalt den Wiederaufbau besser leisteten als ihre buddhistischen Nachbarn.

Der Islam ist nicht der rote Faden durch alle Konflikte Südasiens. Er ist vielmehr als eine sinnstiftende Kraft zu sehen, die große Teile der Völker Südasiens harmonisch zusammenhält. Der westliche Beobachter ist schlecht beraten, **den Islamisten in der Argumentation zu folgen**, es gäbe einen internen Widerspruch zwischen den freiheitlichen Werten von Demokratie und

Marktwirtschaft auf der einen Seite und dem Islam auf der anderen. Dies spielt den Islamisten in die Hände.

Wer sind die südostasiatischen Islamisten?

Es besteht eine Allianz verschiedener Kräfte in den muslimischen Gesellschaften, die den arabisch-nahöstlichen Kulturtransfer nach Südostasien beabsichtigt und den lokalen Islam dementsprechend indoktriniert. Mit Unterstützung aus Pakistan, Saudi Arabien und anderen islamischen Staaten hat sich die Allianz den Kampf gegen das westliche, demokratische und marktwirtschaftliche Feindbild auf die Fahnen geschrieben. Zusammengeschlossen haben sich Religionsgelehrte, islamische NROen, einzelne Kommunal- bzw. Landesregierungen, die Sharia-Gerichte Malaysias sowie islamistische Parteien. Der bewaffnete Arm der Allianz kooperiert mit internationalen islamischen Terrorgruppen.

Eine Schlüsselrolle spielen die **Nationalen Verbände der Religionsgelehrten (Ulama)**, vor allem der Indonesische Ulama Rat (MUI) und der Ulama Verband Malaysias (PUM). MUI fordert die zögerliche Staatsgewalt mit seinen Fatwa (Rechtsgutachten) gegen heterodoxe muslimische Sekten heraus. Auch die Fatwas der PUM richten sich gegen heterodoxe Muslime und gegen die Zuständigkeit der säkularen Institutionen des Staates für die islamische Gemeinschaft. Beide Verbände sind wichtige Quellen gesellschaftlicher Konflikte.

Im Bereich der **Nichtregierungsorganisationen** agiert in Indonesien vor allem die Hizb ut-Tahrir, die sich als globale Partei für die Wiedereinführung des Kalifats versteht und 90.000 Unterstützer in einer Massenveranstaltung in Jakarta versammeln konnte. Daneben greifen die Front der Verteidiger des Islam (FPI) und andere militante Gruppen Bars und andere Stätten westlichen Lebensstils, aber auch christliche und heterodoxe muslimische Glaubensverbände an. In Malaysia gibt es seit langem die konservativen islamischen Verbände JIM und ABIM. In letzter Zeit arbeiten sie gemeinsam mit dem *Muslim Professionals Forum* (MPF), der *Islamic Relief Malaysia* (IRM) und ca. 40 anderen islamistischen Gruppen an der Zurücknahme der nach der Verfassung garantierten Religionsfreiheit für Muslime.

Seit dem Beginn der Dezentralisierung der indonesischen Staatsgewalt 1999 haben inzwischen rund 40 Städte und Landkreise Indonesiens islamische, also **Sharia-basierte Verwaltungsvorschriften** erlassen. Diese kommunalen *"by-laws"* beschneiden in erster Linie die Rechte der Frauen und sorgen im Land für Aufsehen. In Malaysia ernennen derweil die Sultane in ihren Bundesländern jeweils einen Mufti, der dem **Fatwa-Komitee** des Bundeslandes vorsteht. Verstöße gegen diese Fatwas werden strafrechtlich verfolgt. Islamisten dominieren in einigen dieser Fatwa-Komitees sowie in den **Sharia-Gerichtshöfen**, die für die islamische Familienrechtsprechung zuständig sind und Frauen das Leben schwer machen.

Schließlich verfügen die Islamisten über politische Repräsentanten: in Indonesien die *Prosperous Justice Party (PKS)* und in Malaysia die *Pan Malaysian Islamic Party (PAS)*. Beide nehmen am politischen Wettbewerb des demokratischen Prozesses teil. Radikale Islamisten verurteilen zwar diesen „Kniefall vor der Demokratie“, aber die strategischeren Köpfe wissen um den Nutzen islamistischer Stimmen im Parlament. Die PKS errang bei den letzten Wahlen 7,3% der Stimmen und damit 45 Sitze im Parlament. PAS sicherte sich 15,5% der malaysischen Wählerstimmen und verfügt über 7 Sitze im Parlament.

Der bewaffnete Arm der Allianz hat seinen Ursprung in der Bewegung des **Darul Islam**, die seit nahezu 60 Jahren in Indonesien einen islamischen Staat errichten will. Aus dieser Bewegung entstammen die indonesische Terrorgruppe **Laskar Jihad** sowie die südostasiatische Terrororganisation **Jama'a Islamiyya**, deren Mitglieder für die verheerenden Bombenattentate 2002 und 2004 auf Bali verantwortlich sind. Ihre Attentäter werden international ausgebildet, darunter auch auf der philippinischen Insel Mindanao. Daneben gibt es weitere militante Organisationen, wie die **Mujahidin KOMPAK**, die auf der indonesischen Insel Sulawesi und auf den Molukken christliche Gruppen angriffen.

Stärken und Wirkungsgrad des Islamismus – „Feindbeobachtung“

Die Stärke des Islamismus in Südostasien keimt aus schlechter Regierungsführung.

- Seine Attraktivität speist sich sowohl in Indonesien als auch in Malaysia aus seiner **Ablehnung von Korruption und Vetternwirtschaft**, die mit der Herrschaft einer säkularen und modernistischen Machtelite identifiziert werden.

- In Thailand, den Philippinen und auch Malaysia nutzen die Islamisten die **Ängste oder Verärgerung der Muslime** im ethnischen Konflikt mit andersgläubigen Volksgruppen.
- In jedem Falle treten Islamisten als **„saubere“ Alternative** auf, sowohl in islamisch-moralischer Hinsicht, wie auch im Stil der Regierungsführung.
- In Malaysia, wo autokratische Herrschaft die freie Meinungsäußerung und den parlamentarischen Weg der Islamisten behindert, finden sie zudem Beifall für **Forderungen nach Meinungs- und Versammlungsfreiheit und einem freien und fairen demokratischen Prozess.**
- Die Islamisten sprechen insofern vor allem diejenigen aus der Mittelschicht der südostasiatischen Gesellschaften an, die sich von fehlenden Chancen, Vetternwirtschaft und Korruption betroffen fühlen. Das sind nicht die Armutsschichten Südostasiens! **Der Fundamentalismus ist, ebenso wie der christliche Fundamentalismus, kein Armutsproblem.** Er kommt aus der Mittelschicht und gewinnt durch die Globalisierung und die sie begleitende Öffnung für den Wettbewerb von Werten und Ideen an Attraktivität.

Die Wirkung der Islamisten auf die südostasiatischen Gesellschaften ist unterschiedlich.

In erster Linie setzen sie die konservativen Muslime unter Druck, im Parlament und in der Regierungsverantwortung ihre Religiosität zu beweisen. Dies wird als der **„Holier than You“ Wettbewerb** bezeichnet, der Golkar-Politiker in Indonesien und UMNO-Politiker in Malaysia veranlasst, immer mehr und weitreichendere Sharia-Regeln einzuführen und dabei die säkularen Institutionen zu beeinträchtigen. Hier vereinnahmt die islamistische Opposition geschickt die religiösen Gefühle der Öffentlichkeit und die Schwäche der Regierungsparteien.

Andererseits ist der Islamismus eine **„single-issue-movement“**, die sich allein für die Stärkung islamischer Werte einsetzt. Die Religionsgelehrten zeigen zwar Wirkung durch ihre islamische Überzeugungskraft und sind **in der Lage, die Rechte muslimischer Frauen einzuschränken und Andersgläubige bzw. heterodoxe Muslime einzuschüchtern.** Ihnen fehlen aber Antworten auf die Vielzahl anderer gesellschaftlicher Fragen. Die radikalen NROen mobilisieren zwar Demonstranten, können aber darüber hinaus kaum etwas bewegen. PAS und PKS können zwar einen Islam-fokussierten Wahlkampf machen, sie müssen sich aber zugleich realpolitischen

Zwängen aussetzen und können ihre „sauberen“ Ansprüche dann in der Regierungsverantwortung selbst nicht wahrmachen. Sie sind insofern nicht in der Lage, nennenswerte oder dauerhafte Mehrheiten zu erringen.

Schließlich lässt sich durch den Vergleich zwischen den muslimischen Mehrheitsgesellschaften Indonesiens und Malaysias beobachten, dass das **Funktionieren der Demokratie Indonesiens den Islamismus besser bändigen** kann als das repressive System Malaysias. Letzteres bietet dem Islamismus durch die Verweigerung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit und eines freien und fairen demokratischen Prozesses eine willkommene Legitimation.

Welche Schwerpunkte sollte die deutsche Außen- und Entwicklungspolitik setzen?

Da Islamismus nicht auf Unterentwicklung zurückgeht, sollte die Gegenstrategie der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik **nicht auf Armutsbekämpfung** setzen.

Der „Dialog des Westens mit der muslimischen Welt“ ist **unstrategisch**, weil er von der falschen Prämisse ausgeht, es gäbe *eine* muslimische Welt. Genauso, wie der Westen kein monolithischer Block ist, so muss auch in der muslimischen Welt zwischen politischen Ideologien und Denkschulen differenziert werden. Der „Dialog“ ist zudem im Grunde eine Lehrveranstaltung, die von westlichen Werten überzeugen will. Da sich die doktrinär-islamische Zielgruppe aber solchen Belehrungen entzieht, finden Dialogveranstaltungen in der Regel zwischen Gleichgesinnten statt. Die Wirkung liegt dann vor allem im Austausch von Kenntnissen und Argumenten. Dies sollte ebenfalls nicht der Schwerpunkt deutscher Außen- und Entwicklungspolitik sein.

Vielmehr müssen vorhandene Kenntnisse genutzt werden, um zwischen verschiedenen politischen Strömungen liberaler, wertekonservativer, doktrinärer und militanter Muslime zu unterscheiden. Wie in den Ausgangspunkten für die Politikempfehlungen angemerkt, sind die Konflikte in den muslimischen Gemeinschaften Südasiens vor allem **intra-muslimische Konflikte**. Strategisch müssen also liberale Muslime dafür gewonnen werden, konservative Muslime von den Vorteilen eines säkularen Gesellschaftsmodells zu überzeugen, das nicht

zuletzt die unbehinderte Ausübung ihrer Religion gewährleistet. Die Konservativen sind dann letztlich diejenigen, die zum Dialog mit den doktrinären Islamisten in der Lage sind.

Es handelt sich hierbei um einen **hochpolitischen Prozess**, an dem das AA, einschließlich Botschaften und Goethe-Institute, sowie die politischen Stiftungen unterschiedliche Rollen spielen. Die **Botschaften** können auf die Regierungen einschließlich der Regierungsparteien Indonesiens und Malaysias einwirken, um sie für den sensiblen Dialog zu gewinnen. Die **politischen Stiftungen** sind in der Lage, die Breite der relevanten Zivilgesellschaft für Dialog- und Trainingsmaßnahmen zu mobilisieren. Die **Goethe-Institute** könnten schließlich den intra-muslimischen Dialog über kulturelle Themen fördern, auch zwischen Muslimen in Deutschland und Südostasien.

Die Islamisten sind besonders stark in den technischen Fakultäten der Universitäten Indonesiens, weil islamische Universitäten versierter in der Islam-Exegese und damit geschützter gegen Indoktrination sind. Hier liegt ein Interventionspunkt nicht nur für deutsche Außenpolitik, sondern auch für die **internationale Bildungsk Kooperation**. Im Rahmen des von den Islamisten beabsichtigten **arabisch-nahöstlichen Kulturtransfers** bringen südostasiatische Auslandsstudenten an Universitäten, wie Al Azhar etc., fremde und doktrinäre Kultur- und Wertvorstellungen nach Südostasien. Das Instrumentarium der deutschen Bildungs-, Außen- und Entwicklungspolitik ist geeignet, auf diesen Prozess einzuwirken.

Wenn repressive Systeme überdies Demokratie und Menschenrechte unterdrücken und dadurch die Argumente der Islamisten legitimieren, sollte auch die **deutsche Außenpolitik klare Kritik** äußern. Ein früherer deutscher Botschafter in Malaysia hat dies öffentlich getan und dem Ansehen Deutschlands unter muslimischen Demokraten sehr geholfen.

Die Konflikte Südasiens werden zudem zwischen Volksgruppen verschiedener Glaubensrichtungen ausgetragen, wobei die Islamisten hier geschickt Bedrohungsszenarien schüren. Deutschland sollte dem verstärkt seine **Bemühungen zur Integration muslimischer Volksgruppen in der christlichen Mehrheitsgesellschaft Deutschlands** entgegenstellen. Die „Deutsche Islamkonferenz“ des Innenministeriums wurde leider als rein innen-gerichtete Veranstaltung behandelt und nicht in der Außenpolitik „vermarktet“.

In dem Zusammenhang sollten auch andere Leistungen herausgestellt werden, besonders die **Unterstützung Deutschlands für die palästinensische Verwaltung**, die in Südostasien weitgehend unbekannt ist. Es sollte im Übrigen selbstverständlich sein, dass Demokratien auch dann anerkannt werden, **wenn sich im demokratischen Prozess islamistische Parteien durchsetzen**. Das Beispiel der AKP in der Türkei zeigt, dass dies nicht mit dem Niedergang des Landes einhergehen muss. Der Entzug der Unterstützung Palästinas nach dem Wahlsieg der Hamas war dagegen ein Fiasko für die westliche Glaubwürdigkeit.

Im intra-muslimischen Dialog muss sich die westliche Seite zwar engagieren, aber doch im Hintergrund halten, weil die westliche Glaubwürdigkeit mit wachsender Konservativität der Beteiligten zunehmend in Frage gestellt wird. Notwendig ist daher der Versuch, der **Imageverbesserung des Westens**. Bessere Informationen über die deutschen politischen Anstrengungen bezüglich der muslimischen Gemeinschaft im In- und Ausland würde vor allem die aufgeschlossenen Muslime erreichen und damit auf das muslimische Unbehagen gegenüber den als westlich bezeichneten Werten des Eigennutzes und der Konfrontation einwirken.

Wie wirkt die Arbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit?

Die Stiftung unterstützt in den ASEAN-Kernländern **demokratische Institutionen**, moderne **demokratische Parteien** sowie **gute Regierungsführung**. Das ist ihr wichtigster Beitrag zur Eindämmung des Islamismus.

Daneben arbeitet die Stiftung in enger Partnerschaft mit *Sisters in Islam*, einer NRO, die sich in Malaysia nachdrücklich **gegen den Islamismus und die Erosion muslimischer Frauenrechte** stemmt, zugleich aber auch international beratend tätig ist, und schließlich auch regional eine den freiheitlichen Grundsätzen entsprechende Modellgesetzgebung im islamischen Familienrecht entwickelt.

In Indonesien, Malaysia und auf den Philippinen wurden islambezogene **Studien und politische Umfragen** erstellt, die die Entwicklungen politisch analysieren.

In Malaysia wurde 2006 ein **Dialog zwischen konservativen und doktrinären Muslimen** initiiert, der sich mit Freiheitsrechten der säkularen Verfassung befasste. Leider hatten die liberalen Muslime Berührungsängste und haben nach einem langen Verhandlungsprozess ihre Teilnahme abgesagt.

Dieser Dialog war eine Fortsetzung des im Sommer 2005 von der Stiftung in Berlin durchgeführten **Dialoges liberaler Politiker mit den islamischen Verbänden und den christlichen Kirchen Deutschlands**. Es war im Grunde ein Vorgriff auf die Deutsche Islamkonferenz des Innenministeriums im folgenden Jahr. Alle Beteiligten empfanden die Veranstaltung als erfolgreich, vor allem ihre Anregungen für einen intra-muslimischen Dialog in Deutschland. Leider fand anschließend in Deutschland keine Fortsetzung statt.

In Indonesien gab es über lange Jahre ein wichtiges Projekt der **Kooperation mit Koranschulen**. Hier boten sich einzigartige Möglichkeiten der Einflussnahme. Leider hat ein Gutachter der Stiftung diesem Programm die liberale Legitimation entzogen und ihm damit den Garaus gemacht.

In Malaysia unterstützt die Stiftung in einer **Koranschule Kurse zur modernen Staatslehre**. In der betreffenden Schule werden malaysische Studenten auf den Aufenthalt in Kairo und das Studium an der Al Azhar Universität vorbereitet. Es ist zu prüfen, ob sich in Ägypten ein Nachkontakt organisieren lässt.

Impressum
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Bereich Internationale Politik
Referat Politikberatung und
Internationale Politikanalyse
Karl-Marx-Straße 2
D-14482 Potsdam

Aktuelle Informationen zur Projektarbeit der Stiftung für die Freiheit finden Sie unter www.freiheit.org